türkei infodienst

Nr. 28 19.4.1982 DM 1,-

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 12.4.82

Bei ungesetzlichem Streik wird das Tarifabkommen enden
(Auszüge aus dem Gesetzentwurf zu Tarifabkommen, Streik und Aussperung, tid)

Paragraph 24, Absatz 1: Mit Beginn eines Streikes oder der Anwendung der Aussperrung an einem Arbeitsplatz sind die Arbeiter verpflichtet, den Arbeitsplatz zu verlassen. Es ist verboten, daß die Arbeiter, die am Streik teilnehmen oder der Aussperrung ausgesetzt sind,den Zugang zum Arbeitsplatz versperren oder dem Arbeitsplatz oder in seiner Umgebung bilden. Dieses Prinzip wird auch bei ungesetzlichen Streiks angewandt.
Absatz 2 : Der Arbeitgeber ist frei in seiner Entscheidung, Arbeiter, die nicht am Streik teilnehmen oder auf die Teilnahme verzichten,zu beschäftigen oder nicht. Das herausbringen von Produkten, die in Arbeit befindliche Arbeiter hergestellt haben oder von jeglichen Vorräten, ihr Verkauf und das Herbeischaffen von notwendigen Grundstoffen und Geräten darf nicht behindert werden. ...
In Paragraph 28 des Entwurfes heißt es , daß während der Dauer des gesetzlichen Streiks oder der Aussperrung nicht gefordert werden kann , daß die am Streik teilnehmenden oder der Aussperung ausgesetzten Arbeiter ihre Häuser oder die vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Wohnungen verlassen.
Paragraph 29 , Absatz 1 : Bei der Durchführung eines ungesetzlichen Streiks kann der Arbeitgeber die Arbeitsverträge der Arbeiter , die den Beschluß teilen , daß ein solcher Streik durchgeführt werden soll , die die Durchführung eines solchen Streiks anregen , die an einem solchen Streik teilnehmen oder zur Teilnahme und Fortsetzung anregen , auflösen , ohne daß die Notwendigkeit der vorherigen Mitteilung der Kündigung besteht und ohne gezwungen zu sein , eine Entschädigung zu zahlen.
1. Bei der Durchführung eines ungesetzlichen Streiks begleicht die Arbeiterorganisation die dem Arbeitgeber durch den Streik oder die Führung des Streiks, entstandenen Schäden , die den Streik beschließt . Wird der ungesetzliche Streik durchgeführt , ohne daß eine Arbeiterorganisation den Beschluß dazu faßte , begleichen die am Streik beteiligten Arbeiter diese Kosten.
2. Bei der Anwendung einer ungesetzlichen Aussperrung können die Arbeiter die Arbeitsverträge mit einem Arbeitgeber , der eine solche Aussperrung anwendet, der eine solche Aussperrung anwendet , ohne daß die Notwendigkeit besteht , die Kündigung mitzuteilen rechtmäßig auflösen und ihre Rechte fordern . Bei der Anwendung einer ungesetzlichen Aussperrung ist der Arbeitgeber verpflichtet , den Arbeitern während der Aussperrung alle aus dem Arbeitsvertrag entstehenden Rechte zu bezahlen und die Ausfälle , die sie haben zu entschädigen .
In 3 . heißt es , daß das zuständige Arbeitsgericht den Beschluß faßt , ob ein Streik oder eine Aussperrung ungesetzlich oder nicht ist . Das Gericht hat den Beschluß innerhalb eines Monates zu fassen . Er bindet beide Seiten. Während der Dauer der Beschlußfassung sind Streik und Aussperrung ausgesetzt. Der Richter kann die getroffene Maßnahme jederzeit aufheben.

Cumhuriyet vom 10.4.82
Das Arbeitsgesetz für die Arbeiter in der Landwirtschaft ist fertig

Es wurde in Erfahrung gebracht , daß vom Arbeitsministerium ein Arbeitsgesetzentwurf vorbereitet wurde , der die Arbeitsbedinungen der Land- und Forstarbeiter regelt .Der Entwurf bringt für die Land- und Forstarbeiter , die draußen arbeiten eine Wochenarbeitszeit von 72 Stunden , für die drinnen arbeiten , eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden. Für die Forstarbeiter ist auch ein freier Tag pro Woche vorgesehen. Bei Überstunden ist eine Zulage von 20-25% eingeräumt. Der Vorsitzende der Tarim- Is , die der Türk-Is angeschlossen ist , Zynel Irmak , sagte zu diesem Entwurf , daß es notwendig sei , für die Land- und Forstarbeiter eine Arbeitszeit von 8 Stunden zu haben und daß der freie Tag der Sonntag sein solle.
Zeynel Irmak verteidigte auch seine Ansicht, daß es notwendig sei, für geleistete Überstunden eine Zulage von mindestens 75 % zu zahlen.

Hürriyet vom 9.4.82
1,7 Mill. fehlende Wohnungen
Auf einem Seminar mit dem Titel 'Das Wohnungsproblem in der Türkei und der Ort und die Rolle der Emlak-Kredit-Bank der Türkei', sagte der Vorsitzende dieser Bank, daß es notwendig sei, 1,7 Mill. Wohnungen zu bauen, um den Bedarf an Wohnungen zu decken. Um dieses in kurzer Zeit zu bewältigen, müssen in jedem Jahr 340.000 neue Wohnungen gebaut werden. Cemal Kulu betonte, daß seit 1980 bei den Investitionen für den Wohnungsbau ein großer Rückgang zu beobachten sei. Das im letzten Jahr verabschiedete Wohnungsbaugesetz sei ein positiver Schritt. Er gab auch bekannt, daß die Emlak-Kredit-Bank in diesem Jahr geplant habe, 3.000 Wohnungen zu bauen.

Cumhuriyet vom 9.4.82
Es ist notwendig, daß die Türk- Is in eine Phase der Erneuerung eintritt
Der Vorsitzende der Petrol-Is, Cevdet Selvi, gab gestern eine schriftliche Erklärung ab, in der es hieß: 'Die Vollversammlung der Türk-Is am 24. Mai wird in der Öffentlichkeit mit Interesse erwartet und hat eine große Bedeutung. Es ist natürlich, daß der Kongreß dieses größten Verbandes und auch innerhalb der Struktur von Türk-Is für die türkischen Arbeiter eine große Bedeutung hat. Es ist eine Notwendigkeit, die von fast jedem gutgeheißen wird, daß die Türk-Is, indem sie von den Experimenten der Vergangenheit und den Bedingungen in denen sie sich jetzt befinden'

lernt, sich in eine Phase der Erneuerung gemäß der neuen Zeit begibt.'

Folgende Punkte wurden von 9 Gewerkschaftsführern als Grundlinien vorgelegt:

- Man war nicht mit der Amtsführung der Türk-Is zufrieden
- Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus muß innerhalb der Türk-Is der Kampf für Gesetz und Satzung weitergehen
- Im Hinblick auf die Erneuerung der Türk-Is soll innerhalb der Türk-Is der Dialog mit allen Elementen offen sein
- In den Grundsätzen der Türk-Is muß Wirksamkeit gewährleistet werden

Hürriyet vom 7.4.82

'Die Inflation und die Arbeitslosigkeit wird auch 1982 andauern und sich verschärfen'

Der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer von Izmit, Sahabettin Bilgisu, sagte in einer Rede, daß nach den ersten Anzeichen das Jahr 1982 sich nicht unterscheiden werde von 1981. 'Die Struktur des Haushaltes 1982, die Programmziele, die öffentlichen Erklärungen im Zusammenhang mit der Politik, die verfolgt werden wird, all das zeigt, daß gemessen an den entwickelten westlichen Ländern eine ziemlich hohe Inflationsgeschwindigkeit, die Suche nach neuen Quellen für das Zahlungsbilanzdefizit, die Arbeitslosigkeit, der nicht ausreichende Unterbau und die Energieprobleme weiter andauern und sich vielleicht noch verschärfen.' ...

'Wenn bei der Politik, die verfolgt wird, keine Ganzheit erreicht wird, dann ist es keine ferne Möglichkeit, daß die Hoffnungen des Jahres 1982 sich verwandeln in Enttäuschungen'.

Cumhuriyet vom 7.4.82

Zahlen zum Außenhandel

DieZahlen zum Außenhandel für den Januar 1982 stehen fest. Hiernach ging das Außenhandelsdefizit im Januar verglichen mit dem gleichen Monat des Vorjahres um 55,4 % zurück und fiel auf 161,9 Mill. Dollar. Der Export erhöhte sich um 8,6 % auf 446,1 Mill. Dollar, während sich der Import um 21,4 % verringerte und jetzt 608 Mio. Dollar betrug.

Hierzu die folgende Tabelle:

	Mio. Dollar 1981	Anteil in % 1981
Landwirtschaft	252,9	61,9
Bergbau	11,8	2,9
Industrie	145,9	35,5
gesamt:	410,6	100,0

Mio. Dollar 1982	**Anteil in %**	**Veränderg. in %**
234,2	52,5	- 7,4
13,0	2,9	10,1
189,9	44,6	36,3
446,1	100,0	8,6

Cumhuriyet vom 7.4.82

Bei hohem Lohn wird weniger Lohnerhöhung gegeben

In Arbeitstätten des öffentlichen Sektors, die sehr hohe Löhne und soziale Hilfen zahlen, sollen die Lohnerhöhungen geringer ausfallen, als dies der Grundsatzbeschluß der Oberen Schiedstelle vorsieht. Nach Ansicht von Regierungskreisen soll hiermit ein Ausgleich geschaffen werden zwischen solchen Arbeitstätten mit geringem und solchen mit hohem Lohnniveau. Eine entsprechende Verordnung wurde vorbereitet, kam aber noch nicht zur Anwendung.

Cumhuriyet vom 5.4.82

Die Zahl der im letzten Jahr geschlossenen Gesellschaften hat sich verglichen mit 1980 um 107 % erhöht Während sich die Zahl der Gesellschaften, die im Jahre 1981 den Konkurs anmeldeten, um 106,6 % erhöhte, ging die Zahl der Neugründungen um 16,6 % zurück. 2135 Gesellschaften erhöhten ihr Kapital.

Cumhuriyet vom 5.4.82

Die Obere Schiedstelle erneuerte das Tarifabkommen einer auf Gerichtsbeschluß geschlossenen Gesellschaft

Die Gewerkschaft Bank-Is war auf Gerichtsbeschluß geschlossen worden. Das Tarifabkommen dieser Gewerkschaft, welches vor dem 12. September unterzeichnet worden war, kam zur Oberen Schiedstelle. Da der Oberen Schiedstelle offiziell nicht bekannt war, daß diese Gesellschaft geschlossen wurde, erneuerte sie das abgelaufene Tarifabkommen.

Rapor vom 3.4.82

Der Haushalt ergab ein Defizit von 22 Milliarden

Den Angaben zufolge betrugen die Haushaltseinnahmen im Jahre 1981 1 Billion, 348 Millarden Lira, während auf der Ausgabenseite 1 Billion und 370 Milliarden Lira zu verzeichnen waren. Die Einnahmen wiesen, verglichen mit dem Vorjahr einen Zuwachs von 49 % auf, bei den Ausgaben kam es zu einer Erweiterung um 39 %.

Hürriyet vom 9.4.82

Die arbeitslosen Deutschen sind eifersüchtig auf die Türken

Die Haltung gegen die Ausländer in Nordrhein-Westfalen, spreziell gegen die Türken beunruhigt unsere Landsleute. Von den in diesem Bundesland lebenden 1.377.000 Ausländern sind ungefähr 520.000 Türken. Nach den Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit gibt es in diesem Bundesland 83.108 arbeitslose Ausländer. ...

In NRW gehen die großen Fabriken nacheinander zur Kurzarbeit über, manche sind gezwungen, ihre Tore zu schließen. Mannesmann, Thyssen und Hösch kündigen weiter. Es wird behauptet, daß der durch die Arbeitslosigkeit entstandene psychologische Druck die Reaktionen gegen die Ausländer erhöht. Der zweite Vorsitzende der Südosteuropa-Gesellschaft, Dr. Vogel, meint, daß die arbeitslosen Deutschen die Ausländer beneiden. 'Wenn ein arbeitsloser Deutscher am Morgen vor dem Fenster voller Sorgen nachdenkt und sieht einen Ausländer mit der Tasche in der Hand, ein Lied auf den Lippen zur Arbeit gehen, so hat das natürlich eine Reaktion zur Folge'.

Die in diesem Gebiet lebenden und arbeitenden Landsleute sind ziemlich besorgt. Die Haltung der Deutschen ihnen gegenüber hat sich einfach verändert. Sie sagen folgendes: 'Vor Jahren haben wir mit den Deutschen so ziemlich wie Brüder zusammengelebt und gearbeitet. Heute sind dieselben Deutschen unsere Feinde geworden. Selbst wenn wir auf der Straße gehen, gucken sie einen seltsam an. Es ist ein Problem, eine Wohnung zu finden. Selbst die Facharbeiter können keine Arbeit mehr finden. In unseren Fabriken und an unseren Arbeitsplätzen sagen die Deutschen: 'Sehr ihr denn nicht, hier gibt es keine Arbeit, was bleibt ihr noch, kehrt in die Heimat zurück.' In Deutschland gibt es eine Wirtschaftskrise. Das ist eine Wahrheit. Aber das die Verantwortung dafür nur der türkische Arbeiter tragen soll, ist bedauerlich.'

Hürriyet vom 9.4.82

In Neuss haben 570 Arbeiter mit dem Widerstand begonnen

Die Firma Ideal Standart in Neuss ist nicht bereit, die im Tarifabkommen vorgesehene Lohnerhöhung von 4,2 % zu zahlen. Aus diesem Grunde haben die dort Beschäftigten einen unbefristeten Streik begonnen. Die in der Firma arbeitenden 315 Türken sind entschlossen, den zusammen mit anderen Ausländern und Deutschen begonnenen Streik so lange fortzusetzen, bis sie ihre Rechte erhalten.

Der Firmendirektor Mischelewis sagt dazu: 'Wir zahlen den Arbeitern hier einen höheren Lohn als in anderen Firmen. Deshalb denken wir nicht daran, die Lohnerhöhung von 4,2 % durchzuführen. Die Arbeiter sollen streiken, so lange sie wollen. Wir haben genügend Vorräte für unsere Kunden.'

Der türkische Betriebsrat Mehmet Tas kritisiert die nicht legale Haltung des Arbeitgebers und sagte: 'Unser Streik ist vollständig legal und rechtmäßig. Auch die IG Metall unterstützt uns. Als wir in den Streik gingen, begannen an unseren Maschinen alle Ingenieure und Abteilungschefs mit der Arbeit. Wie lange können sie das wohl durchhalten ? Alle in der Firma beschäftigten Arbeiter sind entschlossen den Streik weiterzuführen. Wir wollen kein Almosen, wir wollen unsere Rechte'.

Hürriyet vom 8.4.82

Wer das Geld gab, bekam die Aufenthaltserlaubnis

Drei Beamte der Ausländerbehörde in München, die mit 4 türkischen Dolmetschern zusammenarbeiteten, haben für türkische Jugendliche falsche Aufenthaltserlaubnisse ausgestellt und gegen einen Betrag zwischen 200 und 500 DM an diese verkauft.

Die 4 türkischen Dolmetscher sind mittlerweile untergetaucht. Die Beamten wurden für die Zeit der Nachforschungen von ihren Ämtern beurlaubt.

Tercüman vom 8.4.82

Wenn die Ausländer gehen, arbeiten die Fabriken nicht mehr

(Tercüman gibt hier Auszüge aus einem Artikel der Stuttgarter Nachrichten an, tid.)

'Der von Späth stammende Vorschlag, daß die Ausländer mit einer Prämie in ihre Heimat zurückkehren sollen, kann heute aktuell sein. Nur verbirgt der Vorschlag, diese Zahl zu vermindern, einige Wahrheiten. Wird sich wohl die Arbeitslosigkeit verringern, wenn die Ausländer in ihre Länder zurückkehren ? ... Arbeitsamt und Arbeitgeber sagen darauf nein. Denn die Deutschen haben kein Verlangen nach den Arbeiten, die die Ausländer ausführen. Außerdem denken die Ausländer nicht daran, zurückzukehren, auch wenn Geld gegeben würde. Die Arbeitgeber wiederum sagen, daß in einigen Fabriken die Bänder stillstehen würden, wenn die Ausländer gehen. Hat Späth Recht oder das Arbeitsamt und die Arbeitgeber, dies wird die Zeit zeigen.'

Tercüman vom 7.4.82

Im Jahre 1981 sind 17.000 in Deutschland arbeitende Türken zurückgekehrt

Nach Angaben der Landesversicherungsanstalt in Bayreuth kehrten im Jahre 1981 17.000 Türken entgültig zurück, wobei sie ihre Versicherungsansprüche geltend machten.

Tercüman vom 5.4.82

Die Nazis begannen mit dem Slogan 'Ausländer raus' eine Unterschriftenkampagne

Die deutschen Nazis haben ihre ausländerfeindlichen Aktivitäten vermehrt. Die NPD, die befürchtet, daß 'die deutsche Rasse degeneriert' und daß 'die Ausländer Deutschland überfluten', startete eine neue Kampagne. Für die Kampagne 'Ausländer raus - Deutschland der deutschen Rasse' forderten sie die Unterstützung der Bevölkerung. Die Nazis, die zufrieden sind, von dem Grad, den die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland erreicht hat, gaben bekannt, daß sie an den nächsten Wahlen teilnehmen würden.

Tercüman vom 5.4.82

Wer in Deutschland keine Aufenthaltserlaubnis hat, dem wird keine Arbeitserlaubnis gegeben

Nach einem Urteil des Bundessozialgerichtes können Türken, die keine gültige Aufenthaltserlaubnis besitzen, keine Arbeitserlaubnis erhalten. Das Gericht fällte dieses Urteil auf Antrag eines Türken. Der türkische Landsmann hatte beim deutschen Generalkonsulat eine Arbeitserlaubnis beantragt, und zwar auf Wunsch einer Firma, bei der er arbeiten könnte. Unter Hinweis auf die heutige kritische Arbeitslage wies das Gericht den Antrag zurück.

Tercüman vom 2.4.82

Die in den europäischen Ländern beschäftigten türkischen Arbeiter erhalten folgende Kindergeldbeträge:

Deutschland:

1.Kind 10 DM
2.Kind 25 DM
3.Kind 60 DM
4.Kind 60 DM
5. usw. 70 DM

Holland:

1.Kind (unter 3 Jahre)	130 Gulden
1.Kind (älter als 3 J.)	259 Gulden
2.Kind	420 Gulden
3.Kind	423 Gulden
4.u.5.Kind	511 Gulden
6.u.7.Kind	564 Gulden
8.usw.	621 Gulden

Belgien:

1.Kind 300 Franken
2.Kind 300 Franken
3.Kind 500 Franken
4.Kind 500 Franken
5.usw. 500 Franken

Frankreich:

1.Kind 80 Franken
2.Kind 230 Franken
3.Kind 360 Franken
4.Kind 385 Franken

Österreich:

Für jedes Kind 682 Schilling

Schweiz:

Hier hat jeder Kanton je nach den geltenden Sozialversicherungsgesetzen seine eigenen Beträge.

BRD

Tercüman vom 9.4.82
In München werden 900 türkische Jugendliche mit ihren Familien in die Türkei abgeschoben

Die ersten Ergebnisse vom neulich aufgedeckten Skandal in der Münchner Ausländerbehörde wurden bekanntgegeben: Es wurde festgestellt, daß 900 Türken rechtswidrig Aufenthaltserlaubnis zuerkannt wurde.

Im Februar dieses Jahres stellte die Polizei mit Hilfe einer Rechtsanwältin den Reisepaß eines Türken sicher, dem rechtswidrig Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde. Der Fall wurde zuerst vor der Offentlichkeit versteckt gehalten. Danach leitete die Behörde für Offentliche Ordnung eine großangelegte Untersuchung des Falles ein.

Aufgrund der Untersuchung wurde festgestellt, daß 900 türkische Jugendliche bei der Ausländerpolizei in München rechtswidrige Aufenthaltserlaubnisse bekommen haben. Als die Untersuchung verbreitet wurde, hat man noch festgestellt, daß die Aufenthaltserlaubnisse bei der Ausländerbehörde von einem 37-jährigen Türken namens Ruhan Izdas geholt wurden. In Istanbul geborene Ruhan Izdas floh aber davor mit 1 Millionen DM in die Türkei. Die Polizei fand inzwischen die Spuren von 2 türkischen Helfern von Izdas und konnte einer von ihnen fassen.

Sie sind 2 türkische Bürger mit altgriechischer Abstammung, Pavli und Vangel Basananidi. Inzwischen konnte auch Basananidi ins Ausland fliehen, während Pavli festgenommen wurde. Die 3 deutschen Beamten, die Ruhan Izdas dabei halfen wurden bis zum Ende der Untersuchung versetzt.

Die Polizei glaubte zuerst, daß die Stempeln aus Kartoffel nachgemacht wurden. Die Untersuchung ergab aber, daß die Stempel echt sind und die deutschen Beamten sie rechtswidrig mißbraucht haben.

Ruhan Izdas und seine Mithelfer haben Unterlagen ausgestellt, auf denen die Kinder von türkischen Gastarbeiterfamilien so registriert wurden, als ob sie sich mehr als 2 Jahren in der BRD aufhielten. Mit diesen gefälschten Unterlagen bekamen 900 Jugendliche rechtswidrige Aufenthaltserlaubnisse. Pro Reisepaß (= Aufenthaltserlaubnis) kassierten die Hochstapler 3 bis 5.000 DM.

Die deutsche Polizei beantragte inzwischen beim türkischen Staat die Auslieferung von Ruhan Izdas. Außerdem gaben die deutschen bekannt, daß die türkischen Familien, deren Kinder rechtswidrige Aufenthaltserlaubnisse bekamen abgeschoben werden sollen.

Die Rechtsanwältin Brigitte Gmelin trat dagegen und sagte, daß die Behörden die türkischen Familien nicht mit hineinbeziehen sollen.

Inzwischen wurde bekannt, daß auch das Arbeitsamt in München-Pasing rechtswidrige Arbeitserlaubnisse ausgestellt hat. Die Polizei gab bekannt, daß die Zahl der Türken mit falscher Aufenthaltserlaubnis inzwischen auf 1500 gestiegen ist.

Milliyet vom 4.4.82
Die Berliner Erzieher: "Für das Unterichten der türkischen Kinder in ihrer Muttersprache werden wir intensiver arbeiten"

Die deutschen Erzieher, die gestern zusammen mit dem Ausbildungsminister von Istanbul, Kemal Türen eine Pressekonferenz hielten, erklärten, daß sie sich für die Erziehung der Gastarbeiterkinder in ihrer Muttersprache einsetzen werden. Die Erzieher, die sich seit dem 26.März in der Türkei aufhalten, meinten, daß sie von ihren Kontakten in Istanbul, Ankara, Bursa und Nevsehir positive Eindrücke bekommen hätten.

Der Delegationsvorsitzende, ein alter CDU-Abgeordneter Jürgen Ulzen sagte, "die Gastarbeiter und ihre Kinder in Deutschland seien keineswegs Menschen zweiter Klasse. Die türkischen Kinder würden in keinem Bereich anders als deutsche Kinder behandelt." Ulzen sagte noch daß die türkischen Kinder in Deutschland in ihrer Muttersprache unterrichtet werden müssen und sie ihre Arbeiten dafür nach der Rückkehr intensiver fortsetzen würden.

Die Delegation besteht aus 5 Erziehungsdirektoren, 8 Lehrer + 1 Journalisten aus Berlin. Es wurde bekanntgegeben, daß die deutschen Erzieher während ihrer Reise in der Türkei am meisten von der strengen Disziplin der türkischen Schüler beeindruckt gewesen wären.

Demokratisierung

Milliyet vom 4.4.82
Vorsitzender des Beratungsrates Irmak: "Wenn die neue Verfassung bis zum Herbst nicht vorbereitet wird, bricht doch die Welt nicht zusammen"

Vorsitzender des Beratungsrates Sadi Irmak und des Verfassungsgebenden Rates Prof. Orhan Aldikacti beantworteten die Fragen der DPA über die Vorbereitungen der neuen Verfassung. Sadi Irmak sagte, daß die Vorbereitungsarbeiten bis zum kommenden Herbst fortgesetzt werden, "die Welt aber nicht zusammenbrechen würde', wenn diese Frist nicht eingehalten wird. Er fügte hinzu, daß über die alten Politiker erst im nächsten Jahr eine Entscheidung zu treffen sei.

Prof. Orhan Aldikacti sagte, daß die Machtbefugnisse der Exekutiven in der neuen Verfassung verstärkt werden. Er sei persönlich "gegen eine direkte Wahl des Staatspräsidenten' durch das Volk". Prof. Aldikacti sagte noch, daß die gewerkschaftlichen Rechte in der Verfassung gesichert werden, das Streikrecht aber durch gewisse Einschränkungen begrenzt wird. (...)

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Bis zum 30.3.82 wurden 127 Todesstrafen verhängt. 14 Hinrichtungen durch den Strang seit dem 12.9.1980 (davon 11 Linke und 3 Rechte)

b) TODESSTRAFEN

Milliyet vom 6.4.82
Der Prozeß gegen die THKP-C/Kurtulus in Istanbul ging zu Ende: Mehmet Tekbas wurde zum Tode verurteilt

Das 2.Militärgericht in Istanbul verurteilte gestern 7 Mitglieder der ungesetzlichen Organisation THKP-C/Kurtulus zum Tode. Die restlichen 32 Mitglieder der Organisation wurden bis 28 Jahren schweren Gefängnisstrafen verurteilt.

Der Gerichtsrat beschloß nach der Verkündung der Urteile, die Todesstrafen von 6 Verurteilten wegen ihrer Minderjährigkeit zu Lebenslänglichen umzuwandeln.

Die Angeklagten wurden wegen "bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften und Rechtsgerich-

teten, Raub, unerlaubtem Waffenbesitz und Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation" mit der Todesstrafe angeklagt. Das Gericht erklärte, daß die meisten Angeklagten bei ihren bewaffneten Aktionen den mörderischen Ansatz zu vermeiden versucht hätten."

Milliyet vom 7.4.82
Der UKO-Militante Mehmet Kara zum Tode verurteilt

Das 2.Militärgericht von Erzurum verurteilte gestern den kommunistischen Militanten der UKO (Nationale Befreiungsarmee), Mehmet Kara wegen Mordes an Mustafa Camlibel zum Tode. Der gestern zum Tode verurteilte Militante wurde auch wegen Körperverletzung an Nihat Ekelik und Rifat Sahin beschuldigt. Beim selben Prozeß wurde Fuat Aslan wegen Minderjährigkeit zu 20 Jahren und 8 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt.

Hürriyet vom 8.4.82
Die Strafkommission stimmte dem Todesurteil des Terroristen Cengiz Baktemur zu

Die Justizkommission des Beratungsrates stimmte gestern dem Todesurteil des Terroristen Cengiz Baktemur zu. Cengiz Baktemur wurde wegen absätlichem Mord an den Vorsitzenden der CHP-Jugendabteilung in Dogansehir zum Tode verurteilt.

Milliyet vom 8.4.82

Milliyet vom 8.4.82
Ein Militanter des Halkin Kurtulusu wurde zum Tode verurteilt

Der Militanter von der ungesetzlichen Halkin Kurtulusu (Volksbefreiung, ti) Ali Cankir wurde wegen Mord an dem Dörtyoler Polizeipräsidenten am 29.7.1980 zum Tode verurteilt.

Das 1.Militärgericht in Adana verurteilte den kommunistischen Militanten Cakir, neben Todesstrafe auch wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation zu 5 Jahren Gefängnisstrafe.

Milliyet vom 13.4.82
Zum Beratungsrat kamen 4 neue Todesurteile

Die Justizkommission des Beratungsrates erhielt gestern 4 neue Todesurteile. Am kommenden Donnerstag wird sie über die Todesurteile von Ramazan Yukarigöz, Ömer Yazgan, Erdogan Yazgan und Ahmet Kambur tagen.

Hürriyet vom 17.4.82
2 Todesurteile in Istanbul

Der Prozeß im 2.Militärgericht in Istanbul gegen die kurdische Organisation Tekosin (Befreiung,ti) ging gestern zu Ende. 2 Mitglieder der seperatistischen Organisation, Hüseyin Aydin und Serhat Kesemen wurden wegen "Aktionen mit dem Zweck, auf den von der Republik Türkei beherrschten Territorien einen selbstständigen kurdischen Staat zu errichten" zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Urteil wurde nach Artikel 125 des türkischen StGB's gefällt. Von den Angeklagten wurden auch Kerem Ay, Salih Ceylan und Melih Palavaroglu nach der selben Artikel des StGB's zum Tode verurteilt. Die Todesurteile von diesen 3 Angeklagten wurden nachher vom Gerichtsrat zu lebenslänglichen Gefängnisstrafen umgewandelt, da ihre Aktionen, so die Begründung, "in Bezug auf die ,Intensivität' noch nicht so gefährlich gewesen wären."

Ein anderer Angeklagter wurde wegen unerlaubtem Besitz einer Schußwaffe zu 1,5 Jahren Freiheitsstrafe und 4.500 TL Geldstrafe verurteilt. Die restlichen 5 Angeklagten wurden wegen Beweismangel freigesprochen.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Vom 12.9.80 bis zum 15.3.82 wurden insgesamt 3.820 Anträge auf Todesstrafe gestellt.
(davon 491 gegen Rechte)

Tercüman vom 6.4.82
Gegen die MLSP-B neue Prozesse eröffnet

Gegen die Mitglieder der illegalen MLSP-b wurden in Istanbul 3 neue Prozesse eröffnet. Bei den Prozessen werden insgesamt 11 Militante angeklagt, für die alle die Todesstrafe gefordert wird. Die Verhandlungen werden in den kommenden Tagen stattfinden.

d) PROZESSE

Milliyet vom 7.4.82
Die Angeklagten im MHP-Prozeß lehnten ihre Aussagen ab

Der Prozeß gegen MHP und ihre Nebenorganisationen wurde gestern in Ankara fortgesetzt. Während der Verhandlung am Vormittag lehnten die Angeklagten Davut Seyhan, Ali Gülseren, Zeki Aygün, Adem Kayabasi, Ali Kazan, Mehmet Kalfaoglu, Haci Acar, Satilmis Ünlü, Sükrü Gündüz und Ömer Gültekin ihre Aussagen ab und sagten, daß sie unter Druck aufgenommen worden seien. Dagegen sagte der Staatsanwalt, daß die Aussagen von den Angeklagten freiwillig bei der Staatanwaltschaft gemacht wurden. Das Militärgericht beschloß dennoch am Nachmittag die Freilassung von Davut Seyhan, Zeki Akgün, Arif Senses, Ali Gülseren, Ali Kazan, Mehmet Kalfaoglu, Haci Acar, Sükrü Gündüz, Hüseyin Aslan, Giyasettin Keskin, Tatli Saygili und Rasim Bulut.

Wie bekannt ist, wurden bisher auf dem MHP-Prozeß 189 Angeklagte freigelassen, von denen vorher für 20 die Todesstrafe gefordert wurde.

Milliyet vom 9.4.82
Der Antrag auf Entlassung von Türkes wurde zum 5.Mal zurückgewiesen

In dem Prozeß gegen die MHP und ihre Nebenorganisationen und Idealistenvereinigungen wurden die Anträge auf Entlassung von Alparslan Türkes, Sadi Somuncuoglu, Necati Gültekin, Yasar Okuyan, Mehmet Dogan und Mehmet Irmak zum 5. mal vom Gerichtsrat zurückgewiesen.

Der Militärstaatsanwalt sagte, daß die Straftaten der Angeklagten ,qualitativ' sich nicht geändert haben und beantragte die Ablehnung aller Entlassungsanträge, dem der Gerichtsrat stattgab.

Milliyet vom 9.4.82
Der Redaktionsvorsitzende der Zeitung „Militan Genclik" wurde zu 16 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt

Der Chefredakteur der im Jahr 1976 in Istanbul erschienenen linken Zeitschrift „Militan Genclik" (Militante Jugend,ti), Dr.Ali Haydar Yildirim wurde im 1. Militärgericht in Istanbul zu 16 Jahren und 5 Monate Gefängnisstrafe verurteilt. Dr.Yildirim, der als Arzt im Krankenhaus Haydarpasa arbeitete, wurde "wegen Betreiben von kommunistischer Propaganda mittels Presseveröffentlichungen" verurteilt.

Milliyet vom 4.4.82
Im MSP-Prozeß werden die Berichte von Sachverständigen überprüft

Der Prozeß gegen den alten Vorsitzenden der Nationalen Heilspartei (MSP), Necmettin Erbakan und die

Parteiführung wurde gestern im 1.Militärgericht in Ankara fortgesetzt.

In der gestrigen Verhandlung wurde bekannt, daß die schriftlichen Texte der Rede von Erbakan in Mekka bereits eingetroffen und ins Türkische übersetzt wurde. Die Bandaufnahmen von anderen Reden seien von Saudi-Arabien nicht geschickt worden.

Einer der Verteidigungsanwälte Idris Arikan sagte, daß man die Redetexte nicht richtig übersetzt habe und beantragte die Vernehmung der Sachverständigen als Zeugen.

Tercüman vom 17.4.82

Prozeß gegen TIP eröffnet

Im 2.Militärgericht in Istanbul wurde gestern gegen 80 Vorsitzende, Bezirksvertreter und Funktionäre der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) der Prozeß eröffnet. Unter den Angeklagten befinden sich u.a. Özcan Keskec, Mustafa Aktolgali, die gleichzeitig im DISK-Prozeß mit der Todesstrafe angeklagt werden und der alte Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana. Sie werden wegen "Betreiben von kommunistischer Propaganda und Seperatismus" angeklagt, wobei die Militärstaatsanwaltscheft für alle zwischen 10 und 36 Jahren Gefängnisstrafen fordert. In der Klageschrift heißt es u.a., "TIP habe unter Anschein einer politischen Partei versucht, die gesellschaftliche Verfassungsordnung grundsätzlich zu verändern und habe sich dabei vom ,wissenschaftlichen Sozialismus' führen lassen. Sie habe die Errichtung einer marxistisch-leninistischen Diktatur der Arbeiterklasse zum Ziel genommen und ihre Mitglieder hätten in verschiedenen Orten und auf verschiedenen Veranstaltungen kommunistische, seperatistische und rassistische Propaganda betrieben."

Wie bekannt ist, befinden sich bereits ausgebürgerte Behice Boran (Parteivorsitzende), Nihat Sargin (Generalsekretär), Mitglieder des Vorstands, Osman Sakalsiz und Orhan Sülüer zur Zeit im Ausland auf der Flucht.

Milliyet vom 4.4.82

Der alte TEP-Vorsitzende Mihri Belli wurde zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt

Der alte Vorsitzende der verbotenen „Partei der Arbeit der Türkei" (TEP), Mihri Belli wurde im 3.Militärgericht in Istanbul zu 1 Jahr Freiheitsstrafe verurteilt.

Das Militärgericht verurteilte Belli in Abwesenheit, wegen "spalterische, die nationalen Gefühle schwächende" Rede, die er am 2.Juni 1979 auf einer Versammlung der Parteiführung gehalten hatte.

Milliyet vom 13.4.82

Die alten CHP-Abgeordneten Günay und Ates wurden verhaftet und ins Gefängnis gebracht

Während gegen die Dev-Yol in Fatsa in der Provinz Ordu eine Untersuchung lief, wurden 2 alte CHP-Abgeordnete Ertugrul Günay und Temel Ates in Haft genommen. Sie wurden beschuldigt die Dev-Yol unterstützt zu haben. Das Strafgericht in Fatsa beschloß gestern die Verhaftung und Einsperrung von beiden alten Parlamentariern.

Es wurde bekannt, daß sie an die Kriegsrechtskommandantur von Elazig ausgeliefert werden, die auch die Operationen in Fatsa leitet.

Tercuman vom 6.4.82

Ecevit wird am 29.April vor einem Zivilrichter angeklagt

Der alte Vorsitzende der verbotenen und aufgelösten CHP, Bülent Ecevit wird am 29.April wegen Verstoß gegen die Mitteilung des NSR mit der Nummer 52 vor einem Zivilrichter geführt.

Der Prozeß wird im 1.Militärgericht in Ankara vor dem Richter Necati Tekin stattfinden. Der Staatsanwalt fordert für Ecevit 9 Monate Gefängnisstrafe.

Milliyet vom 13.4.82

Ecevit wurde erneut in Untersuchungshaft genommen

Der alte Ministerpräsident und Vorsitzende der CHP Bülent Ecevit wurde erneut inhaftiert. Ecevit wurde gestern vom 2.Militärgericht in Istanbul entlassen, wo er wegen einer Erklärung an eine norwegische Zeitung angeklagt wurde. Bevor er aber freigelassen wurde, wurde er erneut in Untersuchungshaft genommen.

Es wurde bekanntgegeben, daß Ecevit diesmal wegen einer Erklärung, die BBC am 4.4.82 gebracht hatte, und wegen Verstoß gegen die 52.Mitteilung des NSR festgenommen wurde. Wie wir erfuhren, traf die Übersetzung Ecevits Außerung gegenüber BBC erst heute morgen aus England bei der Kriegsrechtskommandantur ein, die daraufhin gleich Haftbefehl gegen ihn erlessen hat.

Wie bekannt ist, wurde gegen Ecevit in den vergangenen Tagen ein Prozeß wegen Interviews mit dem SPIEGEL und dem Holländischen Fernsehen eröffnet, wobei für ihn 6 Montae Freiheitsstrafe gefordert wurde. Während dieses Prozesses brachte eine norwegische Zeitung eine Erklärung von Ecevit, worauf er erneut in Untersuchungshaft genommen wurde. Als er gestern nach Vernahme seiner Aussage entlassen wurde, hat man ihn diesemal wegen seiner Erklärung gegenüber BBC wieder ins Gefängnis gebracht.

Milliyet vom 8.4.82

Zeuge Hicabi Kocyigit: "Die Polizeibeamten haben mich bedroht, damit ich zu Gunsten der MHP aussage"

Der Zeuge im MHP- Prozeß Hicabi Kocyigit, der mit seinen bisherigen Aussagen zu Gunsten der MHP den Verlauf des Prozesses irregeführt haben soll, erklärte gestern in einer geheimen Verhandlung, daß man ihn auf dem Polizeipräsidium und im Gefängnis durch Bedrohungen und Erpressungen dazu gezwungen hätte. Hicabi Kocyigit sagte folgendes aus:

"Alle Personen, die im Polizeipräsidium mit mir in Kontakt kamen, sind eindeutige Symphatisanten der MHP. Dies machten sie sogar mit ihren Verhaltensweisen bemerkbar. Alle meine bisherigen und Protokolle wurden durch den Druck dieser Polizeibeamten zustandegebracht. Diese Aussagen enthalten Worte, die ich niemals gesagt habe. Alle Verhörprotokolle sind unwahr. Meine Aussagen vor diesem Gerichtsrat und vor dem Militärstaatsanwalt machte ich unter keinem Druck. Aber als ich diese Aussagen machte, wurde ich auf dem Polizeipräsidium ständig bedroht und gezwungen zu Gunsten der MHP auszusagen. Diesen Druck auf mich übten neben den Polizeibeamten auch genauso die mit der MHP symphatisierenden Diensthabenden im Militärgefängnis aus. Wegen diesen ununterbrochenen Bedrohungen konnte ich sogar vor dem Militärstaatsanwalt die Wahrheiten nicht sagen. (...)

Auf den bisherigen Verhandlungen, bei denen ich als Zeuge oder Angeklagte ausgesagt habe, berand ich mich ständig unter Druck und Bedrohung dieser Personen. Ich hatte Angst, daß sie mich -falls ich die Wahrheit gesagt hätte- umbringen. Der Oberst im Gefängnis Mehmet Semih Özer zum Beispiel sagte mir dauernd, daß ich zu Gunsten der MHP positiv aussagen sollte, wie sie es mir gelehrt hatten. Er bedrohte mich danach, "mich ans Kreuz zu hängen" (eine Foltermethode,ti) wenn ich dem was er sagt in der Verhandlung nicht folge leisten würde. Außerdem kamen vor den Verhandlungen mit MHP symphatisierende Soldaten in meine Zelle und verprügelten mich. Danach ließen sie mir meine Aussagen auswendig

wiederholen und bedrohten mich mit schlimmeren Folterungen, falls ich dies auch nicht im Gericht wiederholen würde. Nach den Verhandlungen umarmten sie mich und küßten sie mich an den Wangen und gratulierten mir. Sie sagten, daß sie alle Verhandlungen beobachten. Unter diesen Bedingungen konnte ich vor Eurem Gericht die Wahrheiten nicht sagen. Meine Rechtsanwälte, die offen mit MHP symphatisieren, sagten mir ständig, daß ich keinesweg darüber etwas erzählen soll, daß die Beamten mich unter Druck setzen. Ich sagte meinem Anwalt Kaya Alpkartal, daß er zu meinen Verhandlungen nicht kommen soll, daß ich ihn nicht als meinen Anwalt anerkenne. In dieser Gelegenheit lehne ich ihn noch einmal als meinen Anwalt öffentlich ab. Auch die anderen Anwälte haben mich bisher in den Verhandlungen als Handlanger ausgenutzt. Wie ich mitgekriegt habe, wollen sie mich auch bei anderen MHP-Prozessen als Zeuge nennen und weiter ausnutzen. Euer Ehren, aus diesen Gründen bin ich nicht derjenige, der den Verlauf dieses irreführt, sondern die nämlich, die MHP'ler Sicherheitsbeamten und meine Anwälte. Diese Anwälte haben von mir bisher kein Geld verlangt, im Gegenteil boten sie mir immer wieder Gelder an und gaben mir auch eine gewisse Summe. Der Anwalt Kaya Alpkartal gab mir zum Beispiel als Taschengeld 1000TL, die ich auch genommen habe. Auch die anderen Anwälte fragten mich immer danach, ob ich Geld brauche. Alle diese Angebote aber lehnte ich ab."

Das Militärgericht beschloß nach der geheimen Verhandlung die Aussage von Hicabi Kocyigit bekanntzugeben. Nach der Vorlesung der Aussage beantragten alle Anwälte zusammen bei dem Gerichtsrat "die Ungültigkeitserklärung" der Aussage. Der Militärstaatsanwalt, der sich zu Wort meldete, brachte seine Bedenken über diese Aussage zum Ausdruck und sagte, daß manche Anwälte Hicabi Kocyigit deswegen verteidigen wollen, weil sie ihn auch in anderen Prozessen als Zeuge nennen wollen.

Hicabi Kocyigit, gegen den zur Zeit ein Prozeß wegen verleumdung der Sicherheitskräfte, Irreführung und Hochstaplerei ein Prozeß läuft, beschuldigte auch u.a. den Hauptkommisar der 1.Sektion (Politische Polizei,ti) des Ankaraer Polizeipräsidiums Kemal Yazicioglu und sagte, daß er ihm seine Aussage ‚diktiert' habe und daß man ihn dort mit angehaltener Pistole eine Kasettenaufnahme machen ließ. –Wie bekannt ist, wurde diese Kasette nachher als Beweismaterial von MHP-Verteidigern dem Gericht eingereicht.– Hicabi Kocyigit sagte noch, daß er die Informationen, sowie die Nummer mehrerer Pistolen, die er in seiner Aussagen angab von den führenden MHP-Häftlingen im Gefängnis erhalten hat.

Cumhuriyet vom 5.4.82

Bei den Operationen in Ankara wurden 28 Militante der Dev-Yol gefaßt

Das Polizeipräsidium in Ankara gab gestern bekannt daß bei den Operationen in den Stadtteilen Hasköy und Kayas 28 linke Militante gefaßt und mehrere Waffen konfisziert worden seien. Es wurde weiterhin mitgeteilt, daß die Militanten "die Bevölkerung bewaffnen wollten". In der Erklärung hieß es, daß die linken Militanten der ungesetzlichen Organisation Devrimci Yol angehören und über ‚Organisationswohnungen' und ‚Waffendepots' verfügten.

Milliyet vom 13.4.82

In Izmir wurden 24 Militante der TDKP gefaßt

Aufgrund einer Operationskette in Izmir wurden 24 Militante der TDKP und ihrer Jugendorganisation GKI gefaßt. Bei den Operationen wurde auch die Vertriebszelle der illegal erscheinenden Zeitschrift ‚Devrimin Sesi aufgedeckt, mehrere Waffen und verbotene Publikationen konfisziert.

Milliyet vom 4.4.82

Innenminister Cetiner: "Wir arbeiten für die Erhöhung der Polizisten von 50 000 auf 121 000"

Der Innenminister Selahattin Cetiner gab gestern bekannt, daß man die Anzahl von Polizeibeamten von 50.000 auf 121.000 zu erhöhen beabsichtigt. Der Minister teilte mit, daß auch die Wohnungsprobleme der Polizisten bald gelöst sein werden.

Hürriyet vom 17.4.82

Schießbefehl für Alle, die sich dem gestürzten US-Flugzeug nähern!

Diejenigen, die sich dem US-Flugzeug, welches in dieser Woche auf den Kizildag (Rot-Berg) stürzte, nähern, werden erschossen. Es wurde bekannt, daß die US-Maschine mit Materialien und Akten höchsten Grades beladen war, die der NATO gehören. Nach dem Unfall, wobei 28 Menschen (4 Frauen) starben, wurde der Unfallort von den aus Adana-Incirlik-Militärbasis kommenden US-Soldaten umzingelt und mit den Untersuchungen begonnen. Auf dem 3025m hohen Kizildag errichteten die US-Soldaten eine 'kleine Stadt', wo sie sich Tag und Nacht aufhalten und nach den verschollenen Leichen und die zum größten Teil verbrannten NATO-Akten suchen. Die Untersuchungen werden von dem US-Oberst Antony Magaldi geleitet, woran auch türkische Offiziere beteiligt sind.

f) TOT AUFGEFUNDENE

Milliyet vom 4.4.82

Der TKP-Prozeß mit 217 Angeklagten wurde verschoben nachdem die Angeklagten die Angabe von Aussagen verweigerten

Die Verhandlung gegen die 217 Mitglieder der ungesetzlichen TKP (Kommunistische Partei der Türkei,ti) wurde im 2.Militärgericht in Ankara fortgesetzt, wobei 2 Angeklagte die Angabe von Aussagen verweigerten, da man sie deswegen im Gefängnis weiter foltern und mißhandeln könne. Daraufhin wurde die Verhandlung auf einen anderen Tag verschoben. Inzwischen sollen die Beschuldigungen der beiden Angeklagten überprüft werden.

Auf der Verhandlung meldeten sich von den Angeklagten Halim Aras und Oguz Uyanik zu Wort und sagten, daß man sie wegen ihrer Aussagen über Folterungen nach der Rückkehr ins Gefängnis bedrohe und foltere. Nach dieser Erklärung der beiden Angeklagten fing das Gericht mit der Vernahme der Aussagen an. Währenddessen kamen die beiden Angeklagten an die Reihe. Sie wollten aber nicht aussagen und sagten, "daß sie davor Angst haben, daß man sie wegen ihrer Aussagen nachher im Gefängnis mißhandelt." Daraufhin beschloß der Gerrichtsrat, die Richtigkeit der Behauuptungen von Halim Aras und Oguz Uyanik bei dem Gefängnisdirektoriat nachzufragen und verschob die Verhandlung.

Der Dev-Sol Prozeß wird fortgesetzt

Der Prozeß gegen 428 Mitglieder der ungesetzlichen Devrimci Sol wurde gestern im 1.Militärgericht in Istanbul fortgesetzt. Auf der gestrigen Verhandlung waren nur 13 Frauen und 35 Männer anwesend, die wiederum gegen die Folterungen im Militärgefängnis protestierten und die Angabe ihrer Personalien aus diesem Grung verweigerten. Der Hauptrichter Seyfettin Aydin hielte daraufhin eine Rede und sagte: ",daß diese Situation manche möglichen Freisprüche verhindert und diese Personen umsonst in Haft bleiben müssen." Er fuhr fort: "Bis alle Angeklagten ihre Persona-

lien angeben, werden keine andere Wünsche oder Forderungen in Kenntnis genommen."

Das Militärgericht verschob die Verhandlung auf morgen. Wie bekannt ist, fordert der Militärstaatsanwalt bei diesem Prozeß für 146 Angeklagte die Todesstrafe.

Milliyet vom 9.4.82
Erneut gaben die Angeklagten ihre Personalien nicht an

Im Prozeß gegen Dev-Sol in Adana gaben auch auf der gestrigen Verhandlung die Angeklagten ihre Personalien nicht an und erklärten, daß sie im Gefängnis immer wieder Folterungen unterzogen werden. Das Gericht wies die Vorwürfe der Angeklagten zurück und beschloß die Personalien aus den Akten zu entnehmen und mit der Vorlesung von 807-seitigen Klageschrift anzufangen. Die nächste Verhandlung wird am 13.April stattfinden.

Milliyet vom 9.4.82
Angeklagte lehnten die Beschuldigungen ab

Auf der gestrigen Verhandlung im 1.Militärgericht gegen Kawa (kurdische,linke Org.ti) lehnten die Angeklagten die Aussagen ab und sagten, daß sie bei der Polizei unter Druck aufgenommen worden seien.

IMPRESSUM
Türkei Infodienst
V.i.S.d.P. S. Akhan
Ebertplatz 12 5000 KÖLN 1